



1 Politik / Politische Partizipation

Einleitung

Seit mehr als 40 Jahren können die Frauen in der Schweizer Politik mitentscheiden. Und sie haben sich – am Anfang noch etwas zurückhaltend, dann immer selbstbewusster – eingemischt. Heute gibt es bei Volksabstimmungen kaum noch Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Die Partizipation von Frauen und Männern ist etwa gleich stark, und meist stimmen sie auch gleich. Selten wird eine Abstimmung durch unterschiedliches Stimmverhalten der Geschlechter entschieden. Frauen stimmen tendenziell eher sozialer, umweltfreundlicher und zugunsten des Service public.

Bei den Wahlen sieht es dagegen etwas anders aus. Seit der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts 1971 ist die Wahlbeteiligung bei den Frauen niedriger als bei den Männern. Nach einer Phase der Annäherung vergrösserte sich die Differenz 1999 wieder und lag bis 2007 bei rund 12 Prozentpunkten. Erst bei den nationalen Wahlen 2011 näherte sich die Wahlbeteiligung der beiden Geschlechter erneut an. Ursache war eine rückläufige Mobilisierung der Männer, während die Beteiligung der Frauen tendenziell zunahm.¹ 2011 gingen 46 Prozent der Frauen und 51 Prozent der Männer an die Urnen. Diese Differenz ist vor allem auf die unterschiedliche Wahlbeteiligung der älteren Generation zurückzuführen, bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern sind die Unterschiede nach Geschlecht weniger markant.

Bei den eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2015 hat der Frauenanteil im Nationalrat erstmals seit 1971, als Frauen zur Wahl zugelassen wurden, die 30-Prozent-Marke überschritten. Der leichte Rückgang bei den vorangehenden Wahlen – 2011 wurden 29% Frauen gewählt gegenüber 29.5 % im Jahr 2007 – ist damit wettgemacht. Doch mit 64 von 200 Mandaten (32 %) politisieren in der grossen Kammer immer noch mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen. Eine angemessene Repräsentation ist bei weitem nicht erreicht.

¹ Vgl. Georg Lutz: Eidgenössische Wahlen 2011. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Selects – FORS, Lausanne 2012



Im Ständerat ist der Frauenanteil seit 2007 rückläufig. Während die Frauen nach den Wahlen 2002/2003 noch 23.9 Prozent der Sitze besetzten, sind es aktuell noch 15.2 Prozent (Stand 31. Juli 2017).

In den Kantonsparlamenten variiert der Frauenanteil zwischen 15 und 38 Prozent. An der Spitze liegen die Kantone Baselland mit knapp 38, Zürich mit knapp 34 sowie Aargau und Bern mit rund 32 Prozent. Der durchschnittliche Frauenanteil in den kantonalen Parlamenten ist mit knapp 26 Prozent niedriger als auf Bundesebene (Stand Oktober 2015). In den kantonalen Regierungen besetzen Frauen 24 Prozent der Sitze (Stand Oktober 2015).

In den Legislativen der Schweizer Städte sassen 2016 (Stand 1. August) knapp 31 Prozent Frauen, in den sechs grössten Städten (mit über 100 000 Einwohner/innen) waren es rund 35 Prozent.

Eidgenössische Wahlen 1971–2015: Anteil der Frauen an den Gewählten

	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999	2003	2007	2011	2015
Nationalrat	10	15	21	22	29	35	43	47	52	59	58	64
200 Sitze	5.0 %	7.5 %	10.5 %	11.0 %	14.5 %	17.5 %	21.5 %	23.5 %	26.0 %	29.5 %	29.0 %	32.0 %
Ständerat	1	0	3	3	5	4	8	9	11	10	9	7
46 Sitze	2.2 %	0.0 %	6.5 %	6.5 %	10.9 %	8.7 %	17.5 %	19.6 %	23.9 %	21.7 %	19.6 %	15.2 %

Frauenanteil in den kantonalen Regierungen und Parlamenten 1971–2015

	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999	2003	2007	2011	2015
Regierungen,				1	5	5	19	33	34	30	36	37
Anzahl												
Prozent				0.6%	3.0%	3.0%	11.4%	20.4%	21.5%	19.2%	23.1%	24.0 %
Parlamente,		175	247	293	353	456	658	707	709	725	661	670
Anzahl												
Prozent		6.2%	8.6%	10.2%	12.3%	15.2%	22.0%	24.1%	24.2%	26.5%	25.3 %	25.7 %



2016 waren die Frauen in 11 von 172 städtischen Exekutiven in der Mehrheit: Aarau, Aesch BL, Birsfelden, Carouge, Delémont, Herisau, Onex, Renens, Spiez, Steinhausen und Veyrier. [Statistik Städteverband]

Im Bundesrat stieg der Frauenanteil bei den Wahlen 2007 mit 3 von 7 Mitgliedern (43 Prozent) so hoch wie nie zuvor. Bei den Ersatzwahlen vom Herbst 2010 erreichten die Frauen erstmals eine Mehrheit in der Landesregierung (4 von 7 Mitgliedern, 57 Prozent). Nach den Gesamterneuerungswahlen 2011 waren es wiederum 3 Bundesrätinnen und ab 2015 noch 2 (29 Prozent).

Die Forderung nach Quoten zur Erhöhung des Frauenanteils hat sich in den letzten Jahren von der Politik weg in die Arbeitswelt verlagert. Vor allem für Kaderpositionen und Verwaltungsräte, wo der Frauenanteil nicht nur in der Schweiz sehr klein ist, werden verbindliche Vorgaben gefordert. Vgl. dazu das Kapitel 2.1 Gleiche Rechte für Frau und Mann / Gleichstellungspolitik:

www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/geschichte-der-gleichstellung-frauen-macht-geschichte/frauen-macht-geschichte-ab-2001.html



Chronologie

Einen Überblick über die Zeit vor 2001 finden Sie in «Frauen Macht Geschichte 1848–2000», im Internet verfügbar auf www.frauenkommission.ch > Publikationen > Geschichte der Gleichstellung

6. Februar 2001

Medienpräsenz bei den Wahlen 1999: Frauen kommen weniger zu Wort

Nationalratskandidatinnen werden von den Medien unterdurchschnittlich berücksichtigt. Eine im Auftrag der SRG SSR idée suisse und der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen verfasste Studie analysiert die unterschiedliche Medienpräsenz von Frauen und Männern bei den Nationalratswahlen 1999. Sie belegt, dass die Kandidatinnen im Vorfeld der Wahlen anteilmässig weniger zu Wort kamen als ihre männlichen Kollegen: 35 Prozent aller Kandidierenden waren Frauen, ihr Redeanteil im Fernsehen lag bei 18 und bei den Radiostationen bei 31 Prozent. Am besten abgeschnitten haben das Fernsehen der französischen Schweiz TSR sowie der französischsprachige Radiosender RSR mit 29 bzw. 37 Prozent. Aufgeschlüsselt nach Parteien hatten SP-Kandidatinnen die grösste Medienpräsenz; SVP-Frauen waren medial praktisch nicht vertreten. Vgl. Nyffeler 2001.

21. Juni 2002

Keine Kampagnen für Chancengleichheit in der Politik

Im Rahmen der Teilrevision des Bundesgesetzes über politische Rechte wollte der Bundesrat eine gesetzliche Grundlage für Informations- und Sensibilisierungskampagnen schaffen. Eine Kann-Bestimmung sollte dem Bund ermöglichen, vor den Nationalratswahlen mit einer Kampagne die Stimmbeteiligung sowie Frauenkandidaturen zu fördern. Der Nationalrat sprach sich für die gesetzliche Verankerung von Kampagnen aus, der Ständerat beharrte auf Streichung dieses Gesetzesartikels. Die Einigungskonferenz beantragte Zustimmung zum Ständerat (ersatzlose Streichung der Kompetenz aus der Gesetzesrevision); beide Räte schlossen sich diesem Verzicht an. In der Schlussabstimmung am 21. Juni wird das Gesetz ohne den entsprechenden Artikel 86a verabschiedet.

29. Oktober und 31. Dezember 2002

Feministische Frauenparteien lösen sich auf

Die beiden grössten feministischen Frauenparteien geben mangels Mitgliedern ihre Auflösung bekannt: Die Zürcher Gruppierung «Frauen macht Politik!» (FraP!) und die Frauenliste Basel (FraB).



Während 15 Jahren konzentrierte sich die FraP! vor allem auf Gleichstellungsfragen und Frauenanliegen. Den Höhepunkt erreichte die Partei anfangs der 1990er Jahre, als sie im Zürcher Gemeinderat mit fünf Sitzen Fraktionsstärke erreichte und zwei Vertreterinnen im Zürcher Kantonsrat sowie eine Nationalrätin stellte. Die Frauenliste Basel löst sich nach elf Jahren auf. Die FraB war in Basel zeitweise mit sieben Frauen im Kantonsparlament vertreten. Schlagzeilen machte sie unter anderem mit der Forderung nach einer Gewaltsteuer für Männer.

4. Dezember 2002

SP hält ihren Frauensitz im Bundesrat

Die Genfer Staatsrätin Micheline Calmy-Rey (SP) wird vom Parlament im fünften Wahlgang mit 131 Stimmen in den Bundesrat gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Bundesrätin Ruth Dreifuss (SP) an. Calmy-Rey gehörte seit 1997 der Genfer Kantonsregierung an. Ab 1. Januar 2003 leitet sie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA. Mit ihr und Ruth Metzler (CVP) sind in der Landesregierung weiterhin zwei Frauen vertreten.

11. Januar 2003

Frau übernimmt FDP-Präsidium

Die Waadtländer Ständerätin Christiane Langenberger wird zur neuen FDP-Präsidentin gewählt. Sie ist die erste Frau in dieser Funktion, löst Gerold Bühler ab und bleibt bis März 2004 im Amt. Nach ihrem Rücktritt wählt die Delegiertenversammlung am 16. April 2004 den von den FDP-Frauen unterstützten Zuger Ständerat und Anwalt Rolf Schweizer zum Nachfolger.

19. Mai 2003

Zürich mit erster Frauenmehrheit in der Kantonsexekutive

Zürich verfügt als erster Kanton über eine Frauenmehrheit in der Exekutive (vier Frauen und drei Männer). Neben den drei Bisherigen Dorothee Fierz (FDP), Verena Diener (GP) und Rita Fuhrer (SVP) wurde am 6. April 2003 neu die Juristin und SP-Nationalrätin Regine Aeppli in die Zürcher Regierung gewählt. Die Frauenmehrheit bleibt – mit einem Wechsel (Dorothee Fierz wird 2006 durch Ursula Gut [FDP] ersetzt) – bis zu den Wahlen am 15. April 2007 erhalten. Die abtretende Verena Diener wird nicht mehr durch eine Frau ersetzt.

Oktober 2003

Eidgenössische Wahlen: 52 Frauen in den Nationalrat gewählt

Bei den Eidgenössischen Wahlen vom 19. Oktober 2003 werden insgesamt 52 Frauen (26%) in den Nationalrat gewählt. Dies sind 5 Sitze mehr als 1999 (23.5%) und 3 mehr als bei Legislaturende (24.5%). In der ersten Session der neuen Legislatur nehmen tatsächlich nur 50 Frauen (25%) im Nationalrat Einsitz – zwei der vier Frauen, die in beide Kammern gewählt wurden und dem Ständerat den Vorzug geben, werden im Nationalrat durch einen



Mann ersetzt. Die Frauenanteile sind in den verschiedenen Parteien sehr unterschiedlich: Die SVP ist mit 3 Frauen (Frauenanteil 5.5%) im Nationalrat vertreten, die SP mit 24 Frauen (46.2%). Die CVP entsendet 9 Frauen (32.1%), die Grünen (GPS) 7 Frauen (53.8%) und die FDP 5 Frauen (13.9%). Jeweils eine Frau schicken die Liberalen (25%) und die PdA (50%). Auch die Ständeratswahlen bringen Sitzgewinne für die Frauen. 4 Frauen wurden sowohl in den Ständerat als auch in den Nationalrat gewählt, sie alle geben dem Ständerat den Vorzug. Neu politisieren 11 Frauen (23.9%) im Ständerat, 2 mehr als 1999 (19.5%). 5 Frauen gehören der FDP an, 4 der SP und 2 der CVP.

10. Dezember 2003

Gesamterneuerungswahl: Nur noch eine Frau im Bundesrat

Die fünf bisherigen Bundesratsmitglieder Moritz Leuenberger (SP), Pascal Couchepin (FDP), Joseph Deiss (CVP), Samuel Schmid (SVP) und Micheline Calmy-Rey (SP) werden von der Bundesversammlung im Amt bestätigt. Bei der Wahl des dritten Sitzes wird die seit 1959 bestehende Zauberformel gesprengt: Anstelle der wieder kandidierenden Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold (CVP) wird mit 121 Stimmen Christoph Blocher (SVP) gewählt. Für den zurücktretenden Kaspar Villiger (FDP) wird mit 127 Stimmen Hans-Rudolf Merz (FDP) gewählt. Die ebenfalls von der FDP-Fraktion nominierte Christine Beerli erzielt 96 Stimmen. Die Abwahl einer bisherigen Bundesrätin, der gesunkene Frauenanteil und der Rechtsrutsch im Bundesrat lösen bei vielen (Frauen-)Organisationen und in weiten Teilen der Bevölkerung Empörung, Wut und spontane Demonstrationen aus. Am 13. Dezember nehmen in Bern rund 15 000 Frauen und Männer an einer Kundgebung gegen die «Patriarchen-Wahl» teil und fordern die Verwirklichung der Gleichstellung, insbesondere eine gerechte Vertretung der Frauen in der Politik sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

11. Juni 2004

Geringere Wahlchancen für Frauen bei den Nationalratswahlen 2003

Frauen werden weniger häufig als Kandidatinnen nominiert und sie werden auch weniger häufig gewählt als Männer: Die «statistische Chance» für Frauen, gewählt zu werden, war bei den Nationalratswahlen 2003 für die Frauen 1.6-mal kleiner als für die Männer. Die Frauenanteile unter den Gewählten sinken, je weiter rechts sich eine Partei positioniert. Dies geht aus einer Untersuchung des Bundesamts für Statistik hervor.

Vgl. Seitz / Schneider 2004.

1. Januar 2005

Erneute Frauenmehrheit in der Stadtberner Exekutive

Mit Regula Rytz (Grünes Bündnis) und Barbara Hayoz (FDP) wurden im November 2004 zwei neue Frauen in den Gemeinderat der Stadt Bern gewählt. Zusammen mit der Bisherigen Edith Olibet (SP) stellen sie nun die Mehrheit in der 5-köpfigen städtischen Exekutive. (Eine Frauenmehrheit gab es in diesem Gremium erstmals von 1993 bis 1997.) Bei den Wahlen 2008 werden alle drei Frauen wiedergewählt.



16. März 2005

Studie zur Medienpräsenz der Frauen bei den Wahlen 2003

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen veröffentlicht zusammen mit der SRG SSR idée suisse und dem Bundesamt für Kommunikation eine Analyse zur Medienpräsenz von Frauen und Männern, die für die eidgenössischen Wahlen 2003 kandidierten. Untersucht wurden die elektronischen Medien, v.a. Wahlsendungen von öffentlichen und privaten Radio- und Fernsehstationen. Die Ergebnisse zeigen gegenüber früheren Untersuchungen (vgl. 6. Februar 2001) gewisse Fortschritte, insgesamt gesehen sind aber die Kandidatinnen bezüglich Medienpräsenz immer noch benachteiligt: statt 35 Prozent (Frauenanteil bei den Kandidierenden) erhalten sie im Durchschnitt weniger als 30 Prozent der Redezeit. Allerdings gibt es grosse Unterschiede zwischen den Parteien, den Regionen und den Medien. Vgl. Stalder 2004.

4. März 2006

Abschluss des Mentoringprogramms von EKF und SAJV

Das von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF zusammen mit der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV im Jahr 2000 gestartete politische Mentoringprogramm wird mit einer Fachtagung abgeschlossen. Es ermöglichte insgesamt 131 Frauen im Alter zwischen 17 und 30 Jahren, während eines Jahres einer erfahrenen Politikerin über die Schulter zu schauen, Tipps für die eigene Partei- oder Verbandsarbeit zu erhalten und beim Networking Unterstützung zu finden. Das Projekt wurde 2003 vom Europarat mit dem Innovationspreis «Young Active Citizens Award» ausgezeichnet und war Vorbild für verschiedene andere Projekte in der Schweiz und im Ausland. Die Evaluation zeigte eine grosse Zufriedenheit der Mentees und eine nachhaltige Wirkung im Sinn der Ziele des Programms: Drei Viertel der Teilnehmerinnen interessieren sich ein Jahr nach Abschluss des Programms stärker für Politik als vor ihrer Teilnahme und gut die Hälfte hat einen stärkeren Bezug zur Gleichstellungs-, Regierungs- und Parlamentspolitik bekommen. Evaluation: vgl. Gloor / Meier 2006. Weiterführung des Programms: vgl. 13. Januar 2007.

14. Juni 2006

Wieder zwei Bundesrätinnen

Die Juristin Doris Leuthard, CVP-Nationalrätin aus dem Kanton Aargau und seit 2004 CVP-Präsidentin, wird als Nachfolgerin von Joseph Deiss (CVP) in den Bundesrat gewählt. Mit ihr und Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP) besetzen die Frauen wieder zwei Sitze in der siebenköpfigen Landesregierung. Vgl. 10. Dezember 2003.

Januar 2007

Zwei Frauen an der Spitze der politischen Schweiz

Im Wahljahr 2007 werden die höchsten politischen Ämter in der Schweiz von Frauen bekleidet: Nationalrats-Präsidentin Christine Egerszegi (FDP) und Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey (SP).



13. Januar 2007

SAJV startet neues Mentoringprogramm

«Frau hoch zwei» heisst das neue Mentoringprogramm, mit dem die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV gesellschaftlich und politisch interessierte junge Frauen fördern will. Die SAJV knüpft damit an das in den Jahren 2000 bis 2006 gemeinsam mit der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen erfolgreich durchgeführte Programm «von Frau zu Frau» an (vgl. 4. März 2006).

25. März 2007

Frauenmehrheit in Genfer Stadtparlament

Mit 45 von 80 Sitzen besitzen Frauen zum ersten Mal die Mehrheit in der Legislative einer grossen Schweizer Stadt. 10 von ihnen gehören der SP an, 10 den Grünen, je 6 der LPS, der CVP und der alternativen Linken, 4 der FDP und 3 der SVP.

21. Oktober 2007

Eidgenössische Wahlen 2007: 59 Frauen in den Nationalrat gewählt

Bei den Eidgenössischen Wahlen sind die Frauen unter den Kandidierenden mit 35 Prozent gleich stark vertreten wie in den Jahren 1995, 1999 und 2003, es werden aber erneut etwas mehr Frauen gewählt als in den Vorjahren, nämlich 29.5 Prozent. Knapp die Hälfte der gewählten Frauen gehören den rot-grünen Parteien an, Frauen sind dort überdurchschnittlich stark vertreten.

Im Ständerat verlieren die Frauen einen Sitz, der Frauenanteil sinkt von 24 auf 22 Prozent. Fünf der zehn Ständerätinnen gehören der Sozialdemokratischen Partei an, drei der FDP. Vgl. Seitz 2008.

12. Dezember 2007

Erstmals drei Frauen im Bundesrat

Die Bundesversammlung bestätigt die bisherigen Bundesrätinnen Micheline Calmy-Rey (SP) und Doris Leuthard (CVP). Neu gewählt wird anstelle des offiziellen SVP-Kandidaten und bisherigen Bundesrats Christoph Blocher die Bündner Regierungsrätin und Finanzdirektorin Eveline Widmer-Schlumpf (SVP). Damit sitzen erstmals drei Frauen in der Schweizer Regierung, was einem Anteil von knapp 43 Prozent entspricht.

12. Dezember 2007

Bundeskanzlei bleibt in Frauenhand

Die aus Romanisch-Bünden stammende Juristin Corina Casanova (CVP) löst Annemarie Huber-Hotz (FDP) ab, die 1999 zur ersten Bundeskanzlerin der Schweiz gewählt worden war.



Dezember 2007

Gegenläufige Tendenzen bei den kantonalen Wahlen 2004 bis 2007

Bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente steigt der Frauenanteil leicht an von 24.2 auf 26.5 Prozent; wie auf nationaler Ebene sind die linken und grünen Frauen deutlich stärker vertreten als die bürgerlichen. In den Kantonsregierungen dagegen sank der Frauenanteil von 23.4 Prozent im Jahr 2004 auf 19.2 Prozent Ende 2007. Die SP stellt insgesamt fast 40 Prozent und die FDP/LP rund 25 Prozent der Regierungsrätinnen.

Vgl. Seitz 2008, S. 19ff.

April 2008

Mehr Frauen in den Exekutiven und Legislativen der Städte

Der Frauenanteil in den Stadtparlamenten erreicht 2007 32.2 Prozent. Gegenüber 2004 bedeutet dies nur einen geringen Anstieg (um 1.2 Prozentpunkte), vor 25 Jahren war die Frauenvertretung in den Gemeindeparlamenten jedoch erst halb so gross (16.2% im Jahr 1983). In den fünf grössten Städten Basel, Bern, Lausanne, Genf und Zürich sitzen sogar rund 40 Prozent Frauen in den Legislativen (vgl. auch 25. März 2007). In den Stadtregierungen haben die Frauen seit 1980 ebenfalls deutlich zugelegt, von 5 auf 25 Prozent. Und auch hier liegen die fünf grössten Städte an der Spitze mit rund 30 Prozent Frauenanteil in den Exekutiven bzw. einer Frauenmehrheit in Bern (vgl. 1. Januar 2005). Wie auf eidgenössischer und kantonaler Ebene haben Frauen auf kommunaler Ebene die besseren Wahlchancen, wenn sie einer linken oder grünen Partei angehören.

Vgl. Schweizerischer Städteverband 2008.

26. April 2008

Keine Frau mehr an der Spitze einer grossen Partei

Die Präsidentin der Grünen, die Zürcher Lebensmittelingenieurin Ruth Genner, gibt ihr Amt ab. Sie stand der Partei seit Januar 2004 vor (und war bereits seit 2001 Co-Präsidentin). Nun kandidiert sie als Stadträtin (Exekutive) der Stadt Zürich und wird am 31. Mai 2008 gewählt. Ihr Nachfolger als Parteipräsident wird der Genfer Nationalrat Ueli Leuenberger. Damit wird keine grössere Schweizer Partei mehr von einer Frau präsidiert. Vgl. 11. Januar 2003.

14. September 2008

Höchster Frauenanteil im Kantonsparlament von Basel-Stadt

Ins Parlament des Kantons Basel-Stadt wurden 37 Prozent Frauen gewählt. Das ist der höchste Frauenanteil in einem Kantonsparlament. Der gesamtschweizerische Durchschnitt liegt bei 26.2 Prozent.



1. Dezember 2008

Tessinerin zur höchsten Schweizerin gewählt

Die CVP-Politikerin Chiara Simoneschi-Cortesi wird mit 134 von 166 gültigen Stimmen zur Nationalratspräsidentin gewählt. Sie vertritt das Tessin seit 1999 in der grossen Kammer und war von 1997 bis 2007 Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF.

3. März 2009

Erste Frau in die Walliser Regierung gewählt

Mit Esther Waeber-Kalbermatten (SP) zieht erstmals eine Frau in den Walliser Staatsrat ein. Das Wallis war der letzte Kanton, der noch nie eine Frau in der Kantonsexekutive hatte.

29. März 2009

Zürich hat erstmals eine Stadtpräsidentin

Im zweiten Wahlgang wird die Agrarökonomin Corine Mauch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2006 bis 2010 zur Zürcher Stadtpräsidentin gewählt. Mauch ist die erste Frau in der Deutschschweiz, die vom Volk ins Präsidium einer grossen Stadt gewählt wird. In der Romandie war Yvette Jaggi (SP) in Lausanne die erste gewählte Präsidentin einer grösseren Stadt (1990–1998). Und in Genf, wo das Stadtpräsidium jährlich im Turnus (ohne Volkswahl) wechselt, war Lise Girardin (FDP) bereits 1968 Präsidentin der Stadtregierung (Conseil administratif). Sie war damit die erste Stadtpräsidentin der Schweiz, noch drei Jahre bevor Frauen auf eidgenössischer Ebene die politischen Rechte erlangten.

2. Dezember 2009

Drei Frauen an der Spitze der Schweiz

Die Bundesversammlung wählt die Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard (CVP) zur Bundespräsidentin für das kommende Jahr 2010. Bereits am 23. November 2009 waren Pascale Bruderer (SP) zur Präsidentin des Nationalrats und Erika Forster (FDP) zur Präsidentin des Ständerats gewählt worden. Damit bekleiden im Jahr 2010 erstmals drei Frauen die höchsten politischen Ämter der Schweiz.

22. September 2010

Erstmals Frauenmehrheit im Bundesrat

Als Nachfolgerin des abtretenden Verkehrs- und Umweltministers Moritz Leuenberger wird die als Konsumentenschützerin bekannte Berner SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga gewählt. Damit besitzen die Frauen mit vier von sieben Sitzen erstmals die Mehrheit im Bundesrat. Nur wenig hat gefehlt, dass mit der St.Galler FDP-Regierungsrätin Karin Keller-Sutter sogar eine fünfte Frau gewählt worden wäre. Stattdessen schafft mit Johann Schneider-Ammann (FDP) ein zweiter Berner die Wahl.



Damit ist die Schweiz neben Finnland zu diesem Zeitpunkt das zweite europäische Land mit einer Frauenmehrheit in der Regierung (Spanien, Island und Norwegen haben Parität). Nach dem Rücktritt von Micheline Calmy-Rey Ende 2011 sind die Männer im Bundesrat wieder in der Mehrheit.

16. Oktober 2010

Lise Girardin in Genf gestorben

Eine Pionierin der Schweizer Frauenpolitik ist tot. Die 1921 geborene Genferin wurde 1961, kurz nachdem die Frauen in Genf das Stimm- und Wahlrecht erhalten hatten, als eine der ersten Frauen für die FDP in den Genfer Grossen Rat gewählt. Von 1967 bis 1979 war sie Mitglied der Genfer Stadtregierung, die sie 1968, 1972 und 1975 präsidierte. Damit war sie die erste Frau an der Spitze einer Stadtregierung in der Schweiz (vgl. Eintrag vom 29. März 2009). Nach Einführung des Frauenstimmrechts auf eidgenössischer Ebene gelang ihr 1971 der Einzug in den Ständerat und im gleichen Jahr wurde sie in den Verwaltungsrat der damaligen Schweizerischen Bankgesellschaft gewählt. Lise Girardin engagierte sich unter anderem für die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, für Familienfragen und die Gleichstellung von Frau und Mann.

19. November 2010

Erste Frau in der SBB-Konzernleitung

Der SBB-Verwaltungsrat wählt die 46-jährige Managerin Jeannine Pilloud in die Konzernleitung. Sie übernimmt ab 1. April 2011 die operative Leitung des Personenverkehrs mit rund 12 000 Mitarbeitenden. Die erste Frau in der Konzernleitung war bisher an der Spitze eines internationalen Telekommunikationsunternehmens tätig. Sie hat u.a. Publizistik und Architektur studiert und in London den Master of Business Administration absolviert. Die SBB hat sich zum Ziel gesetzt, den Frauenanteil im obersten Kader von derzeit 7.5 Prozent bis 2014 auf 15 Prozent zu erhöhen.

Dezember 2010

Erstmals mehr Frauen als Männer in die diplomatische Ausbildung aufgenommen

Sieben Frauen und drei Männer haben den Zulassungswettbewerb gewonnen und werden in die diplomatische Ausbildungsklasse 2011 aufgenommen. Bereits kurz nach Amtsantritt hatte Aussenministerin Calmy-Rey angekündigt, sie wolle den Frauenanteil in der Diplomatie systematisch erhöhen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA setzte in der Folge mit Informationen und verbesserten Arbeitsbedingungen entsprechende Anreize. Bereits 2006 bewarben sich mehr Frauen als Männer und in den letzten vier Jahren schafften jeweils gleich viele Frauen und Männer die Selektion. Erstmals sind nun die Frauen deutlich in der Mehrheit. Frauenförderung wird auch in Zukunft nötig sein, denn der Frauenanteil im Diplomatischen Korps beträgt heute lediglich 25 Prozent.



3. Januar 2011

Vorkämpferin für Frauenrechte und erste Präsidentin der Eidgenössischen Frauenkommission gestorben

Mit Emilie Lieberherr, geboren 1924, verliert die Schweiz nicht nur eine wichtige Politikerin der ersten Stunde, sondern auch eine Frau, die sich zeitlebens für die Rechte der Frauen stark gemacht hat. 1969 führte sie den Marsch der Frauen nach Bern an und forderte auf dem Bundesplatz das Frauenstimmrecht als Menschenrecht ein. Im folgenden Jahr wurde sie als erste Frau für die SP in die Zürcher Stadtregierung gewählt, in der sie während 24 Jahren dem Sozialdepartement vorstand. In dieser Funktion führte sie unter anderem die Alimentenbevorschussung für geschiedene Frauen ein. 1976 wählte sie der Bundesrat zur ersten Präsidentin der neu geschaffenen Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Von 1979 bis 1983 vertrat sie als erste Frau den Kanton Zürich im Ständerat. Auch nach ihrem Rücktritt aus dem Stadtrat engagierte sie sich weiterhin für Frauenanliegen und Alterspolitik.

23. Oktober 2011

Weniger Frauen ins Parlament gewählt

Erstmals seit der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts im Jahr 1971 ist der Anteil der gewählten Frauen bei Nationalratswahlen nicht mehr gestiegen, sondern um 0.5 Prozentpunkte zurückgegangen (auf 29 %). Auch in den Ständerat wurde eine Frau weniger gewählt als 2007, der Frauenanteil beträgt damit in der kleinen Kammer noch 19.6 Prozent. Knapp die Hälfte der gewählten Frauen (27 von 58) gehört der SP oder den Grünen an. Sie verzeichnen auch prozentual am meisten Frauen (SP 45.7 %, GPS 40 %). Am wenigsten Frauen wurden bei der SVP gewählt (11.1 %), die mit 54 Sitzen am meisten Mandate im Nationalrat besetzt. Mit 23.3 Prozent liegt der Frauenanteil auch bei der FDP unter dem Durchschnitt; die CVP lag mit 32.1 Prozent leicht über dem Durchschnitt. Vgl. Seitz 2012.

15. Mai 2014

Frauen an den eidgenössischen Gerichten untervertreten

Ende 2013 lag die Zahl der Richterinnen an den eidgenössischen Gerichten unter 30 Prozent, mit Ausnahme des Bundesverwaltungsgerichts (32.4 %). Das liegt nicht daran, dass Frauen geringere Wahlchancen hätten. Wenn sie kandidieren, haben sie bessere Chancen als Männer, in ein Richteramt gewählt zu werden. Das ergab eine Auswertung der Bewerbungen der letzten Jahre durch die Gerichtskommission des eidgenössischen Parlaments



8. Februar 2015

Rekordhoher Frauenanteil bei den Landratswahlen in BL

Mit 37.8% Frauenanteil im Kantonsparlament überflügelt BL sogar BS und alle andern Kantone. www.baselland.ch/themen/p/politische-rechte/wahlen/landratswahlen/landratswahlen-2015

9. März 2015

Mehr Frauen ins Parlament!

Der Frauenanteil im eidgenössischen Parlament ist in den letzten Jahren tendenziell rückläufig. Deshalb setzt sich die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF zusammen mit zahlreichen Frauenorganisationen dafür ein, dass bei den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober 2015 mehr Frauen gewählt werden. Teil der Kampagne ist die Website «Frauen wählen! – Votez femmes! – Votate donne!» mit Aussagen prominenter Politikerinnen und Informationen rund um die Wahlen. Ausserdem untersucht eine von EKF, BAKOM und SRG/SSR bei der Universität Fribourg in Auftrag gegebene Studie Art und Umfang der Medienpräsenz der kandidierenden Frauen und Männern im Wahlkampf. Ergebnisse werden im Sommer 2016 vorliegen.

16. August 2015

Christiane Langenberger 74-jährig gestorben

Eine engagierte Kämpferin für die Rechte der Frauen ist tot. Sie vertrat die FDP VD während 20 Jahren im eidgenössischen Parlament: 1995 wurde sie in den Nationalrat gewählt, von 1999 bis 2007 war sie Ständerätin. Schon 1998 wurde sie von ihrer Partei als offizielle Kandidatin für die Nachfolge von Bundesrat Delamuraz vorgeschlagen, aber nicht gewählt. Sie war die erste Frau, die die FDP präsidierte (vgl. 11. Januar 2003). Von 1992 bis 1995 war sie Vizepräsidentin der EKF.

18. Oktober 2015

32 Prozent Frauen in den Nationalrat gewählt

Bei den eidgenössischen Wahlen werden 64 Frauen in den Nationalrat gewählt. Dieser Anteil von 32 Prozent ist das höchste Ergebnis seit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen im Jahr 1971. Von den Bundesratsparteien hat die SP mit 58.1 Prozent den höchsten Frauenanteil, gefolgt von der CVP mit 33.3 Prozent und der FDP mit 21.2 Prozent. In der Delegation der SVP, mit 65 Sitzen die grösste Partei im Nationalrat, sind 16.9 Prozent Frauen vertreten, in der BDP 14.3 Prozent. Bei den Nichtregierungsparteien verzeichnen die Grünen einen Anteil von 45.5 Prozent Frauen, bei den Grünliberalen sind es 42.9 Prozent. Nach wie vor sind in der grossen Kammer mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen vertreten und der Frauenanteil liegt unter einem Drittel.



22. November 2015

Deutlich weniger Frauen in den Ständerat gewählt

Nach Abschluss der zweiten Wahlgänge der Ständeratswahlen, die in verschiedenen Kantonen notwendig geworden waren, bestätigt sich der seit 2007 beobachtete Trend: Der Frauenanteil sinkt weiter und beträgt gerade noch 15.2 Prozent (7 Ständerätinnen). So niedrig war der Frauenanteil seit über 20 Jahren nicht mehr.

14. September 2016

Wahlanalyse zeigt: Frauenanteil steigt langsamer oder stagniert

Der Schwung, mit dem die Frauen vor allem in den 1990er-Jahren Einsitz in die politischen Institutionen nahmen, ist abgeflaut. Im Nationalrat wurde zwar bei den Wahlen 2015 bei die 30-Prozent-Marke überschritten, mit 68 Prozent stellen die Männer aber immer noch mehr als zwei Drittel der grossen Kammer. Im Ständerat sank der Frauenanteil von 24 Prozent im Jahr 2007 auf 15 Prozent im Jahr 2015. Die Wahlquote der Frauen ist seit 1971 kontinuierlich gestiegen und nähert sich jener der Männer an, d.h. es werden prozentual fast so viele Frauen gewählt wie kandidieren (2015: Frauenkandidaturen: 34.5%, gewählte Frauen 32%). Weiterhin am meisten Frauen werden bei den linken und grünen Parteien gewählt.

Auch auf kantonaler Ebene wächst der Frauenanteil langsamer (Regierungen) oder er stagniert (Parlamente). Mit 38 Prozent verfügt Basel-Landschaft über den höchsten Frauenanteil im Kantonsparlament. Dies zeigt eine Wahlanalyse, die im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF durchgeführt wurde.

www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/studien-und-empfehlungen.html

18. September 2016

Lilian Uchtenhagen, erste Bundesratskandidatin, gestorben

Gleich nach Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts 1971 zog Lilian Uchtenhagen für die Zürcher SP in den Nationalrat ein und wurde viermal wiedergewählt. Landesweit bekannt wurde sie, als sie 1983 als erste Frau für den Bundesrat kandidierte. Die Bundesversammlung wählte jedoch Otto Stich zum Bundesrat.

18. Oktober 2016

Weniger Geschlechterstereotype in der Wahlberichterstattung

Eine Analyse der Berichterstattung vor den eidgenössischen Wahlen 2015 in ausgewählten Print- und Onlinemedien zeigt ein erfreuliches Resultat: Geschlechterstereotype bei der Darstellung der Kandidatinnen und Kandidaten sind selten geworden. Allerdings waren die kandidierenden Frauen in allen untersuchten Medien und allen Sprachregionen im Vergleich zu den Wahllisten untervertreten. Im Durchschnitt lag der Frauenanteil bei den Kandidierenden bei 34.5%, in den Medienberichten waren sie hingegen nur mit einem Viertel vertreten. Die Medienpräsenz hat aber eine wichtige Bedeutung für den Wahlerfolg. Daher fordert die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF, wel-



che die Studie zusammen mit dem Bundesamt für Kommunikation BAKOM und der SRG SSR in Auftrag gegeben hat, die Medien auf, Frauen künftig mindestens entsprechend ihrer effektiven Präsenz in der Politik zum Zug kommen zu lassen.

Kommentar der EKF abrufbar unter

www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/studien-und-empfehlungen.html

27. November 2016

Ausgeglichene Geschlechtervertretung im Berner Stadtparlament

Bei den Wahlen in den Berner Stadtrat kommen die Frauen auf 38 der 80 Sitze, was 47.5 Prozent entspricht. (Schweizer Rekord. Auf dem nächsten Rang liegt die Stadt Genf mit 41% Frauen.) Einzelne Parteien wie das Grüne Bündnis und die Alternative Linke schicken ausschliesslich Frauen ins Berner Stadtparlament, andere nur Männer (SVP). In der Exekutive werden 2 der 5 Sitze von Frauen besetzt. Der Vorstoss der Frauen ins Stadtpräsidium gelang nicht, Ursula Wyss von der SP musste Alec von Graffenried von der Grünen Freien Liste den Vortritt lassen.

8. März 2017

Angemessene Geschlechtervertretung im Bundesrat in Verfassung verankern

Im Bundesrat sollen nicht nur die Landesgegenden und die Sprachregionen, sondern auch die Geschlechter angemessen vertreten sein. Nationalrätin Maya Graf (GPS BL) reicht eine parlamentarische Initiative ein, die einen solchen Verfassungszusatz verlangt. Dieser sei nötig, da die Frauenvertretung in der Landesregierung sonst dem Zufall unterliege. www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20170411

20. September 2017

Keine dritte Frau im Bundesrat

Das Parlament wählt als Ersatz für Didier Burkhalter (FDP) den Tessiner Ignazio Cassis (FDP) in den Bundesrat, der damit weiterhin aus 5 Männern und 2 Frauen (29%) besteht. Im Vorfeld der Wahl hatten zahlreiche Frauenorganisationen gefordert, eine dritte Frau in die Landesregierung zu wählen.

Redaktionsschluss: 30. September 2017

Abkürzungen der im Text vorkommenden Parteien

BDP	Bürgerlich Demokratische Partei
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
GPS	Grüne Partei der Schweiz
LPS	Liberale Partei der Schweiz
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei



Literatur

Zur Geschichte der Gleichstellung in der Schweiz von 1848 bis 2000

Frauen Macht Geschichte. Zur Geschichte der Gleichstellung in der Schweiz 1848–2000. Webpublikation der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Bern 2001. Vor allem Kapitel 1 Politik. Verfügbar auf: www.frauenkommission.ch > Publikationen > Geschichte der Gleichstellung

Alle weiteren Publikationen der EKF, die unten aufgeführt sind, stehen zum Download zur Verfügung auf: www.frauenkommission.ch > Publikationen, direkter Link: www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation.html

Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF:

Die Geschlechterstereotype verschwinden – die Kandidatinnen bleiben untervertreten.

Kommentar der EKF zur Studie «Gender und Medien im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 2015». Bern 2016.

Die Entscheidungen der Frauen schützen Umwelt, Service Public und Benachteiligte.

Vox-Trend 2006. Bern, Gfs 2006.

Stephanie Fiechtner, Philomen Schönhagen und Manuel Puppis:

Gender und Medien im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 2015.

Studie im Auftrag des Bundesamts für Kommunikation BAKOM, der EKF und der SRG SSR, 2016. Als pdf verfügbar auf: www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/studien-und-empfehlungen.html

Frauenfragen Nr. 2.2005:

Mentoring in der Politik.

Daniela Gloor / Hanna Meier:

Mentoring in der Politik: Evaluation des Pilotprojekts «von Frau zu Frau».

Im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen und der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV). Social Insight, März 2006. Verfügbar als pdf unter: www.frauenkommission.ch

Anouk Lloren:

Les députées défendent-elles les intérêts des femmes?

Représentation descriptive et substantielle au Parlement Suisse (1999–2007).

Université de Genève, sujet de thèse en science politique, 2008.

Bettina Nyffeler:

Eidgenössische Wahlen 1999: Medien, Politik und Geschlecht.

Bern 2001. Verfügbar als pdf unter: www.frauenkommission.ch

Schweizerischer Städteverband (Hg.):

Statistik der Schweizer Städte 2010.

Vgl. auch Newsletter – April 2008, Schweizerischer Städteverband, S. 4f.

abrufbar unter: http://staedteverband.ch/cmsfiles/newsletter_03_08_dt.pdf

Werner Seitz:

Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2007: Bürgerliche Frauen holen auf.

In: Frauenfragen Nr. 1.2008, S. 19–25.



Werner Seitz:

Die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der kantonalen Parlamente:

Aktuelle Situation, historische Entwicklung und Vergleich mit dem eidgenössischen Parlament.

In: Parlament. Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen, 10/2007, Nr. 2, S. 10–13. Siehe auch: www.werner-seitz.ch

Werner Seitz / Madeleine Schneider:

Die Frauen bei den Nationalratswahlen 2003.

Entwicklung seit 1971. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Wahlen in den Ständerat und in die kantonalen Parlamente. Neuenburg, Bundesamt für Statistik 2004.

Werner Seitz:

Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2011.

Der langjährige Vormarsch der Frauen gerät ins Stocken. In: Frauenfragen 2012, S. 8–18. Verfügbar unter www.frauenkommission.ch

Werner Seitz:

Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2015:

Der Schwung ist weg. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen 2012/2015. Im Auftrag der EKF, Bern 2016. Als pdf verfügbar auf: www.frauenkommission.ch

Martin Senti / Georg Lutz:

Wo die Schere sich öffnet.

Zur unterschiedlichen Wahlbeteiligung von Frauen und Männern.
In: Frauenfragen Nr. 1.2008, S. 55–60.

Sonja Stalder:

Eidgenössische Wahlen 2003: Medien, Politik und Geschlecht.

Eine geschlechtsspezifische Analyse des Informationsangebots von Schweizer TV- und Radio-Stationen im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 2003. Im Auftrag der SRG SSR idée suisse, der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen und des Bundesamts für Kommunikation. Bern 2004.
Verfügbar als pdf unter: www.frauenkommission.ch

Weitere Informationen zu Frauen und Politik finden Sie beim Bundesamt für Statistik BFS:

www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/frauen.html

Bild: Vom 22. September 2010 (Wahl von Simonetta Sommaruga) bis Ende 2011 (Rücktritt Micheline Calmy-Rey) waren die Frauen im Bundesrat in der Mehrheit. Von links: Micheline Calmy-Rey, Simonetta Sommaruga, Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf. © Keystone

Impressum: Frauen Macht Geschichte. Frauenpolitik und Gleichstellung in der Schweiz 2001–2017. Bern 2017.
Herausgeberin: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF. Redaktion: Claudia Weilenmann. Recherchen und Text: Katharina Belser. Gestaltung: Renata Hubschmied. Veröffentlichung ausschliesslich auf www.frauenkommission.ch.
Verfügbar auf Deutsch, Französisch und Italienisch.